

**Ausschuss „Inklusion und sonderpädagogische Förderung“  
der Deputation für Kinder und Bildung  
Sitzungsprotokoll der 7. Sitzung**

19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
<b>03.05.2017</b>	<b>14:30 Uhr</b>	<b>16:55 Uhr</b>	<b>Senatorin für Kinder und Bildung, Raum 122</b>

**Teilnehmer/innen:**

---

siehe Anwesenheitsliste

**Tagesordnung:**

---

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

TOP 2 Kenntnisnahme des Protokolls der 6. Sitzung vom 01.02.2017

TOP 3 Begabungsförderung im Kontext der Inklusion (Vorlage 1)

TOP 4 Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf  
an den weiterführenden Schulen des Bremer Westens (Vorlage 2)

TOP 5 Verschiedenes

Herr Dr. Güldner (Bündnis 90/ Die Grünen), Vorsitzender des Ausschusses, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

**TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung**

---

Die Tagesordnung wird genehmigt.

**TOP 2 Kenntnisnahme des Protokolls der 6. Sitzung vom 01.02.2017**

---

Das Protokoll wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 3 Begabungsförderung im Kontext der Inklusion (Vorlage 1)**

---

Frau Schroth (SKB) führt anhand einer Powerpointpräsentation in die Thematik ein und gibt eine Übersicht über die bestehenden Angebote zur Förderung von besonders begabten Schülerinnen und Schülern. Es werden Angaben zu den Grundlagen, den strukturellen Möglichkeiten und der inhaltlichen Umsetzung der Begabungsförderung gemacht.

Frau Rastede (Leiterin des Zentrums für unterstützende Pädagogik, Oberschule an der Koblenzer Straße) gibt mithilfe einer Powerpointpräsentation Auskunft über das durchgeführte Projekt „(Hoch-)begabung inklusiv“ in Kooperation mit der Karg-Stiftung. Zu Beginn des Projekts stand die gemeinsame Fortbildung aller Lehrkräfte der Schule sowie die Suche nach einer einheitlichen und für die Schule geltenden Definition des Begabungsbegriffs. Es werden u.a.

Aussagen zu den Fortbildungsmodulen der Lehrkräfte, den unterschiedlichen Begabungsfeldern der Kinder sowie der Kennzeichen begabungsfördernden inklusiven Unterrichts getroffen. Diesbezüglich wird näher auf das Forschende Lernen Bezug genommen.

Zu den Präsentationen gibt es seitens der Deputierten u.a. Nachfragen zum Forschenden Lernen, der Stundenentlastung der Lehrkräfte und den Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten bei hochbegabten Schülerinnen und Schülern.

Frau Rastede erläutert kurz die personenunabhängige Stundenentlastung der mit der Entwicklung des Schulkonzepts beauftragten Planungsgruppe und geht bei Verhaltensauffälligkeiten von Schülerinnen und Schülern auf die Zuständigkeit des Zentrums für unterstützende Pädagogik (ZuP) ein. Frau Lassek (ehemalige Schulleiterin der Grundschule am Pfälzer Weg) betont, dass die Problemlagen der Kinder individuell zu betrachten seien und anhand dessen auch individuelle Lösungen gesucht werden.

Frau Schroth teilt abschließend mit, dass es Überlegungen zur schrittweisen Ausweitung des Projekts gebe und diese geplant sei. In diese Überlegungen wird Bremerhaven mit einbezogen, um das Projekt auch dort initiieren zu können.

#### **Top 4 Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den weiterführenden Schulen des Bremer Westens (Vorlage 2)**

---

Anhand der Vorlage wird im Ausschuss über die Verteilung der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf die Bremer Schulen, insbesondere in Bremen-West, diskutiert. Grundlage hierfür ist die Kapazitätsrichtlinie, die jährlich anhand der zu erwartenden Schülerzahlen im Bereich Lernen, Sprache und emotional-soziale Entwicklung oder Wahrnehmungs- und Entwicklungsförderung erstellt wird. Bis auf 23 Fälle konnten stadtweit alle Kinder und Jugendlichen mit einem wohnortnahen Schulplatz versorgt werden. Frau Krümpfer (SPD) erkundigt sich, wie auf die unterschiedliche Anzahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Stadtteilen reagiert wird.

Frau Herrmann (SKB) geht auf die unterschiedlichen Sozialstrukturen in den Stadtteilen ein, die mithilfe des Sozialindikators Berücksichtigung bei der Ressourcenausstattung finden. Der Einsatz der Sonderpädagoginnen und -pädagogen wird durch die jeweilige Schule verantwortet.

Über die Ressourcenausstattung der Schulen und den Fachkräftebedarf wird näher diskutiert. Es wird festgestellt, dass der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Stadtteil Gröpelingen im Vergleich zu den übrigen Stadtteilen Bremens am höchsten ist.

Frau Vogt (Die Linke) bittet darum, die Schulen dieses Stadtteils mit einer entsprechend besseren finanziellen und personellen Ausstattung zu entlasten.

Herr Dr. Güldner sieht dies als politische Frage, die durch den Senat/ die Bürgerschaft zu beantworten wäre.

Herr Myrcik (Personalrat Schulen) äußert Bedenken hinsichtlich der Nutzung von beamtenrechtlichen Maßnahmen bei Anträgen auf Versetzung, Sabbatzeiten und vorzeitigem Ruhestand für die Fachkräftesicherung der Sonderpädagoginnen und -pädagogen und weist unter anderem darauf hin, dass es wichtig sei, Anreize zu schaffen und die Bedingungen vor Ort zu verbessern, um weiteres Lehrpersonal zu gewinnen.

Frau Kohlrausch (FDP) weist auf die Bedeutsamkeit der Ressourcenausstattung der Inklusion hin und bittet um Ursachenforschung, was zur Verbesserung der Situation geändert werden könne.

### **TOP 5 Verschiedenes, Berichtsbitte**

---

Frau Rosenkötter (SPD) bittet darum, über den aktuellen Sachstand „Notenschutz/ Nachteilsausgleich der Abiturprüfung Sport“ nach Befassung auf der KMK bzw. Referententagung informiert zu werden. Im konkreten Fall geht es um einen kleinwüchsigen Schüler, der das Fach Sport als Abiturprüfung belegt hat. Ein Antrag auf Notenschutz wurde gestellt, ein Vermerk über die Kleinwüchsigkeit soll im Zeugnis nicht erscheinen.

Über den Sachstand zum benannten Einzelfall wurde Frau Rosenkötter von der Senatorin für Kinder und Bildung am 03.05. informiert.

Frau Lassek äußert sich zum Weiterbildungsstudiengang „Inklusive Pädagogik“ und weist darauf hin, dass die Stundenentlastung für die teilnehmenden Lehrkräfte zu gleichen Teilen von der Senatorin für Kinder und Bildung und der Schule finanziert wird. Dies sei für die Grundschulen sehr schwierig aufzufangen, da auch einige Lehrkräfte nach dem Studienabschluss nicht an der Schule verbleiben.

Herr Dr. Güldner regt an, sich in der nächsten Sitzung mit dem Weiterbildungsstudiengang zu beschäftigen.

Herr Dr. Güldner schließt die Sitzung um 16.55 Uhr.

---

gez. Jäger  
Protokollantin